



Wien, am 30.10.2015

An das
Bundesministerium für Gesundheit
Radetzkystraße 2
1030 Wien

vera.pribitzer@bmg.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Stellungnahme zum Entwurf einer Änderung des § 694 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband Angestellter Apotheker Österreichs, die Interessenvertretung der Angestellten Apotheker (VAAÖ), nimmt zu dem Entwurf der Änderung des § 694 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz wie folgt Stellung:

Die Arbeitsplatzsituation für angestellte Apotheker ist gegenwärtig äußerst schwierig. Da die Ursachen dafür zum Einen in der schlechten Wirtschaftslage der Betriebe, zum Anderen aber auch darin begründet ist, dass immer mehr Pharmazeuten auf den Arbeitsmarkt drängen, ist eine Verbesserung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Nun ist zu befürchten, dass die Kosten der vorgesehenen Rabattgewährungsverpflichtung für vertriebsberechtigte Unternehmen an die Apothekenbetriebe weitergegeben und sich negativ auf die wirtschaftliche Situation der Apothekenbetriebe auswirken wird. Dadurch würde sich in der Folge die ohnehin schon sehr angespannte Arbeitsmarktsituation der Angestellten Apotheker weiter verschlechtern.

Außerdem stellt eine gesetzliche Anordnung zur Gewährung von Rabatten einen massiven Eingriff in das verfassungsrechtlich garantierte Grundrecht auf Eigentum dar und ist daher aus verfassungsrechtlichen und demokratiepolitischen Gründen abzulehnen.

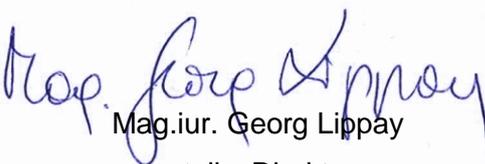
Wir ersuchen unseren Standpunkt beim Gesetzwerdungsprozess zu berücksichtigen und von einer gesetzlichen Verankerung einer Verpflichtung zur Rabattgewährung für vertriebsberechtigte Unternehmen an die Krankenversicherungsträger abzusehen.

Wunschgemäß übermitteln wir diese Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates.

Mit freundlichen Grüßen


Mag.pharm. Ulrike Mayer
Präsidentin




Mag.iur. Georg Lippay
stellv. Direktor